



INLAND

Die Wahnsinnsnächte sollen einen Anstoss geben, um achtsamer zu sein.

SEITE 5



SPORT

Der FC Vaduz bezwingt Triesen b (4. Liga) und steht wie erwartet im Cup-Halbfinale.

SEITE 15

DAS MAGAZIN FÜR LIECHTENSTEIN
der monat

Feldkircher Strasse 13 · FL-9494 Schaan
T +423 239 50 50 · www.dermonat.li

Urteile bestätigt

Vaduz. – Die Verhandlung betreffend des Mordfalls am Gymnasium vom April 2010 ging gestern an die zweite Instanz. Das Fürstliche Obergericht bestätigte nach einer vierstündigen Berufungsverhandlung die Strafmasse für die beiden Beschuldigten. Dies sind beim Erstangeklagten zehn Jahre Haft wegen Mordes und bei der Witwe des Opfers eine bedingte Freiheitsstrafe von acht Monaten wegen unterlassener Hilfeleistung. SEITE 3

Kein Abkommen mit Brasilien

Santiago de Chile. – Das Ende 2004 in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen Chile und der EFTA, zu der neben der Schweiz und Liechtenstein auch Norwegen und Island gehören, soll auf beidseitigen Wunsch erneuert werden. Das Abkommen regelt die Bereiche Dienstleistungen und Industrie. Eine entsprechende Erklärung haben der Schweizer Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, sein chilenischer Amtskollege Pablo Longueira sowie Chiles Aussenminister Alfredo Moreno abgegeben. Gescheitert sind jedoch die Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit Brasilien. (sda/wr) SEITE 25

Wechsel im Gemeinderat

Vaduz. – Im Vaduzer Gemeinderat ist es zu einer Änderung in der personellen Zusammensetzung gekommen: Markus Verling folgt auf Adolf Seger (beide FBP). Seger hatte mit Schreiben vom 21. September seinen sofortigen Rücktritt mitgeteilt und für seinen Entschluss «nachvollziehbare gesundheitliche Gründe» angeführt. (dv)

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3-11
Ausland	12
TV-Programme	13
Boulevard	14
Sport	15-18
Kinderland	19
Marktplatz	21
Kultur	23, 24
Wirtschaft	25-27
Die Letzte	28

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li



«FBP riskiert Staatsverschuldung»

Den Vorwurf des stellvertretenden FBP-Abgeordneten Stefan Wenaweser, Regierungschef Klaus Tschütscher halte sich nicht an die Koalitionsvereinbarung, weisen VU-Parteipräsident Jakob Büchel und VU-Fraktionssprecher Peter Hilti in aller Schärfe zurück.

Von Günther Fritz

Vaduz. – Regierungschef Klaus Tschütscher habe den Koalitionsvertrag gebrochen und es stelle sich die Frage, ob man einem solchen Regierungschef noch vertrauen könne – solche Aussagen waren in der gestrigen «Volksblatt»-Ausgabe in einem Beitrag des stellvertretenden FBP-Abgeordneten Stefan Wenaweser zu lesen. Anlass zu diesem parteipolitischen Angriff gibt die Haltung von Regierungschef Klaus Tschütscher zum Kredit für den Spitalneubau und zum Schulzentrum Unterland II (SZU II). So teilt der Regierungschef absolut die Sorgen der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK), die Ende letzter Woche die Politik ermahnt hat, alle grossen Investitionsprojekte und Ausgabenposten nochmals kritisch zu überprüfen. Denn infolge des starken Frankens und der schwierigen Situation auf dem Finanzplatz würden die Steuereinnahmen viel stärker als erwartet zurückgehen.

Veränderte Ausgangslage

Diese Einschätzung wurde von Regierungschef Klaus Tschütscher in einem «Vaterland»-Interview vom vergangenen Samstag bestätigt: «Die Regierung wird sowohl mit dem Voranschlag 2012 als auch der Finanzplanung 2012-2015 aufzeigen, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf den Staatsaushalt hat.» Zahlreiche grössere Unternehmen werden laut Finanzminister Klaus Tschütscher dieses Jahr wenig bis keine Ertragssteuer abliefern. Damit habe sich natürlich



VU-Parteipräsident Jakob Büchel (l.) und VU-Fraktionssprecher Peter Hilti sind sich einig: «Wenn sich der Finanzminister über die finanzielle Zukunft des Staates Liechtenstein Gedanken macht, ist dies noch lange kein Koalitionsbruch.»

Bilder Rudi Schachenhofer und Elma Korac

auch die Ausgangslage für das Sanierungsprojekt verändert. «Zudem ist der Landtag im letzten Jahr bekanntlich dem Antrag der Regierung bei der Festlegung der Mindestertragssteuer nicht gefolgt. Dies reiss ein zusätzliches Loch von rund 30 Millionen Franken pro Jahr in die Finanzplanung und belastet die Situation des Landeshaushalts erheblich», sagt der Regierungschef im «Vaterland»-Interview.

«Noch lange kein Koalitionsbruch»

VU-Parteipräsident Jakob Büchel weist den Vorwurf vonseiten der FBP, der Regierungschef habe den Koalitionsvertrag gebrochen, unmissverständlich zurück: «Wenn sich der Finanzminister über die finanzielle Zukunft des Staates Liechtenstein Gedanken macht, ist dies noch lange kein Koalitionsbruch, wie dies Stefan Wenaweser weiszumachen versucht. Regierungschef Klaus Tschütscher hatte und hat den Mut und das Durchsetzungsvermögen, konkrete Kostenein-



sparungen auf verschiedenen Ebenen durchzuführen, auch wenn es vielen im Land wehtut.»

FBP strapaziert Koalitionsvertrag

Den Spagat, den die FBP in Sachen Finanzplanung mache, ist nach Ansicht von VU-Präsident Jakob Büchel «weltmeisterlich»: «Einerseits wird jeder Vorschlag, der vom Regierungschef eingebracht wird, blockiert und kritisiert, und andererseits wird der Regierungschef laufend angemahnt, die Einnahmen und Ausgaben ins Lot zu bringen.» Die Koalitionsvereinbarung werde von der FBP selbst arg strapaziert. Darin wird laut Jakob Büchel nämlich klar und deutlich festgehalten, dass die Staatsfinanzen im Gleichgewicht bleiben müssen. Indessen bringe dieselbe FBP immer neue Vorschläge für Ausgabenbereicherungen ein. Das jüngste Beispiel ist in dem von der FBP Mitte September präsentierten 6-Punkte-Programm zu finden: Zur Entlastung von Familien schlägt die FBP Gutscheine

beispielsweise für Früchte und Gemüse vor, weil «gute und frische Ernährung teurer ist als Fast Food».

«Polemische Dauergestänkere»

Für VU-Fraktionssprecher Peter Hilti ist es absolut lächerlich, dass Stefan Wenaweser dem Regierungschef vorwirft, den Koalitionsvertrag verletzt zu haben. «Stefan Wenaweser ist bekannt für seine aggressive Haltung gegenüber dem Regierungschef», sagt Peter Hilti im «Vaterland»-Gespräch. Es sei die finanzpolitische Aufgabe und Verantwortung von Klaus Tschütscher, Projekte von solcher Grössenordnung kritisch zu hinterfragen und auf ihre nachhaltige Finanzierbarkeit zu überprüfen. «Schliessendlich geht es Stefan Wenaweser aber nicht um die Sachfragen Spital oder SZU II, sondern lediglich um polemische Dauergestänkere», ist sich Peter Hilti sicher. Aus seiner Sicht sei das «absolut unseriös und unanständig».

Wo bleibt die Verantwortung der FBP?

«Ich habe die vergangenen zwei Jahre wenig von der FBP als Unterstützung in Sachen Sparen erfahren», sagt VU-Fraktionssprecher Peter Hilti zur Realisierbarkeit der Sparbemühungen der Regierung. Zuerst sei es der FBP zu wenig schnell mit den Sparbemühungen gegangen. Aus diesem Grund sei massive Kritik am Regierungschef geübt worden. «Als dann die konkreten Sparziele bekannt wurden und die ersten Massnahmen im Landtag zur Behandlung auf der Tagesordnung standen, war es auch wieder nicht recht», so Peter Hilti. Mit Aussagen wie «im Sozialbereich darf nicht gespart werden» oder «da sollte man auch nicht sparen» oder «FBP ist gegen jegliche Steuererhöhungen» sei vonseiten der FBP hantiert worden. Bis jetzt habe er aber keine konkreten Sparvorschläge von dieser Seite gehört. Dazu VU-Fraktionssprecher Peter Hilti weiter: «Am Ende des Tages ist eines klar: Die FBP riskiert die Verschuldung des Staates. Und da mache ich nicht mit.»

Liechtenstein Museum steht ohne Direktor da

Johannes Schneider, der Direktor des Liechtenstein Museums in Wien, hat seinen sofortigen Rücktritt erklärt. Er war lediglich vier Monate im Amt gewesen.

Wien. – Eigentlich wollte Schneider am Dienstag zusammen mit Fürst Hans-Adam II. an einer Medienkonferenz die Neupositionierung des Liechtenstein Museums erklären. Daraus wird nun aber nichts. Schneider, der erst im Juni 2011 sein Amt mit der Aufgabe einer Neupositionierung des Museums übernommen hatte, gab am Montagabend völlig überraschend seinen sofortigen Rücktritt bekannt:

«Bei der geplanten Neupositionierung des Museums gab es leider unüberbrückbare Meinungsunterschiede mit dem Eigentümer. Da unter diesen Voraussetzungen eine erfolgreiche Umsetzung der aus meiner Sicht für das Haus notwendigen Massnahmen nicht möglich ist, habe ich mich zum Rücktritt entschlossen», wird Schneider in einer Medienmitteilung zitiert.

Fürst vermisste Konzept

Das Fürstenhaus äusserte sich am Dienstagmittag in einer Mitteilung überrascht vom plötzlichen Rücktritt. Offenbar hatte Fürst Hans-Adam II. zuletzt einige von Schneider gewünschte Entscheidungen nicht ge-

fällt, da in seinen Augen «kein ausreichend detailliertes Konzept für die Neupositionierung der beiden Häuser vorlag». Die weitere Entwicklung der beiden Museen werde in den zuständigen Gremien demnächst behandelt werden, heisst es.

Urban soll Leitung übernehmen

Schneider, ein 32-jähriger Vorarlberger, hatte das Studium der Kunstgeschichte an der Universität Wien absolviert und zum Doktor der Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien promoviert. Die interimistische Leitung der Geschäfte soll Erich Urban übernehmen, wie «Die Presse.com» gestern online berichtete. (pd/ga)



Überraschend zurückgetreten: Der 32-jährige Johannes Schneider. Bild pd